Bericht über die Entwicklung in Polen

März 1958

	Seite:
A. Innere Entwicklung	1
I. Politische Ereignisse	1
1) Machtkampf in der Partei	1
2) Mitgliederüberprüfung abgeschlossen	7
3) Probleme der Arbeiterjugend	7
4) Bauernpolitiker kämpfen gegen antikommunistische Tendenzen	8
5) "Arbeiterstimme"	10
II. Wirtschaft	11
1) Das XI. Plenum des ZK der PZPR	11
2) Aus dem Beschluß des XI. Plenums des ZK	14
3) Absatzschwierigkeiten für Steinkohle	16
4) Seewirtschaft 1957	16
5) Oderschiffahrt	17
6) Bürokratie bremst die Entwicklung des Handwerks	17
III. Soziale Probleme	18
1) Verbesserung der Rentenversorgung	18
2) Beschluß des Zentralrates der Gewerkschaften	18
B. Polen und das Ausland	20
CHRUSCHTSCHOWs Interview für "Trybuna Ludu"	20

- - - - - - - - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

Einleitung:

Kurzer Überblick zur Lage

Das entscheidende innenpolitische Ereignis, das Polen im März beschäftigte, war das XI. Plenum des Zentralkomitees der "Vereinigten Arbeiterpartei Polens". Zwei Dinge standen zur Diskussion: Einmal die Auseinandersetzung zwischen der GOMULKA-Gruppe und den Stalinisten (Seiten 1-7), zum anderen Fragen der Volkswirtschaft (Seiten 11 bis 15).

GOMULKA war gezwungen, sich in eine ernste Auseinandersetzung mit den Stalinisten einzulassen, die von der UdSSR aus außenpolitischen Gründen unterstützt werden. Wie weit diese Unterstützung dieser prosowjetischen Opposition gegen GOMULKA geht, beweist ein Interview, das CHRUSCHTSCHOW der Warschauer Zeitung "Trybuna Ludu" gewährte. Darin wird in verschleierter Form fast alles verdammt, was GOMULKA bisher in Polen durchsetzte. (Seiten 20 - 22)

Trotzdem gelang es der GOMULKA-Gruppe, den Stalinisten entscheidende Schläge beizubringen. Stalinist KLOSIEWICZ wurde aus dem ZK ausgeschlossen, während der ebenso übelbeleumundete Stalinist MATUSZEWSKI den Vorsitz in der Revisionskommission (ZPKK) verlor. Zwei wichtige Schlüsselpositionen gingen somit in die Hände der GOMULKA-Anhänger über, wenngleich die Stalinisten nach wie vor eine Reihe wichtiger Ämter behalten.

Wirtschaftlich kündigen sich neue schwere soziale Auseinandersetzungen an. Die scheinbare Vollbeschäftigung, die das alte stalinistische Regime vorzutäuschen pflegte, hat sich als schamloser Betrug herausgestellt. Die Betriebe sind größtenteils bis zu 100 % überbesetzt, wodurch die Produktion unerträglich verteuert wird. GOMULKA hat sich entschlossen, hier den Hebel anzusetzen, um in den Betrieben nach rationellen Gesichtspunkten arbeiten zu lassen. Der Vorteil, der durch die zu erwartende allgemeine Produktionsverbilligung entstehen wird, droht aber durch die mögliche Arbeitslosigkeit wieder annulliert zu werden. Man muß also versuchen, Arbeitskräfte umzuschulen bzw. in solche Gebiete umzusiedeln, in denen noch ein Mangel an bestimmten Werktätigen besteht.

Besonders schwierig liegt das Problem bei der Jugend (Seite 7), die bisher in einer Art "gefördert" wurde, die sowohl dem Staat als auch die betreffenden Jugendlichen teuer zu stehen kam. Durch eine falsche Auslegung des Begriffes "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" drängten sich die Schulentlassenen nach Hilfsarbeiterstellen, wo sie bei einiger Geschicklichkeit und Normenüberbietung märchenhafte Summen verdienen konnten. Nur ein Bruchteil dachte

noch daran, eine ordentliche Lehre durchzumachen und so die Voraussetzung für eine spätere qualifizierte Tätigkeit zu schaffen. Gesetzliche Grundlagen schieben dem Drang zum Hilfsarbeiter jetzt einen Riegel vor. Lehrausbildung wird stufenweise obligatorisch eingeführt, die Lehrlingsvergütungen sind neu geregelt worden. Auf diese Weise wird sich das Einkommen vieler junger Menschen zwar verschlechtern, indessen wird das Interesse, qualifizierte Berufe zu erlernen, gesteigert.

Mit einer Rentenreform wurde das soziale Elend, in dem Alte und Invaliden zu leben gezwungen waren, gemildert. Die Rentner bekommen, sofern ihr letztes Monatseinkommen nicht 1.400 Zloty überstieg, 75 % des früheren Gehaltes oder Lohnes als Rente. Der Mindestrentensatz wurde dem Mindestlohnsatz angeglichen und beträgt ab sofort 500 Zloty. Wenngleich auch dieser Betrag keinesfalls als ausreichend bezeichnet werden kann, muß dieser Schritt dennoch als soziale Errungenschaft bezeichnet werden, weil er hunderttausende alter Leute von dem Zwang befreit, bis zum Lebensende entweder zu arbeiten oder zu betteln. Ein Existenzminimum ist durch diese Mindestrente gesichert.

Die Depressionserscheinungen auf dem Gebiet der westlichen Wirtschaft haben Polen schlimmer betroffen als manches westliche Land (Seite 16). Der hauptsächliche Exportartikel Steinkohle sank rapide im Preis, weil im Westen eine Überproduktion an Kohle besteht. Die Krisenanzeichen am westlichen Markt drohen Polen empfindlich in Mitleidenschaft zu ziehen, was die Schwäche des sogenannten "gemeinsamen Marktes" östlicher Prägung und seine nach wie vor bestehende Abhängigkeit vom Geschehen der westlichen Welt beweist.

A. Innere Entwicklung

I) Politische Ereignisse

1) Machtkampf in der Partei

Nach dreitätigen Beratungen wurde am 1. März die XI. Plenarsitzung des Zentralkomitees in Warschau beendet. Das XI. Plenum war wirtschaftlichen Problemen gewidmet. Das Hauptreferat "Aktuelle Probleme der Wirtschaftspolitik für das Jahr 1958" hielt der Chef der Planungskommission und Mitglied des Politbüros Stefan JEDRYCHOWSKI. Neben dem Text dieses Referates und des Beschlusses des Plenums (siehe Wirtschaftsteil des Berichtes) wurde nur folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

> "Das ZK akzeptiert die Erklärung der zwölf Parteien der sozialistischen Länder sowie das Friedensmanifest der 64 kommunistischen und Arbeiterparteien, die auf der Beratung in Moskau angenommen wurden und von großer Bedeutung für die Festigung der Solidarität der sozialistischen Länder und der Aktionseinheit der kommunistischen- und Arbeiterparteien im Kampf für Frieden und Sozialismus sind und billigt das Auftreten der polnischen Delegation auf der Beratung als mit der politischen Linie der Partei völlig übereinstimmend."

Weiter beschloß das Plenum, Wiktor KLOSIEWICZ aus dem ZK auszuschließen und ihn für die Untergrabung der Parteieinheit eine Rüge zu erteilen.

Die knappen Worte der offiziellen Verlautbarung konnten nicht verhindern, daß Einzelheiten über den Machtkampf in der Partei den politischen Kreisen in Warschau bald bekannt wurden. An der Sitzung des ZK nahmen ca. 150 Personen teil und bei einem so großen Gremium lassen sich Indiskretionen nicht vermeiden. Anders war es im Falle des Treffens in Bialowieza, an dem nur einige Personen beteiligt waren, und bei dem bis jetzt strengste Geheimhaltung gewahrt wurde.

Das 11.Plenum wurde zum Schauplatz einer der bis jetzt schärfsten Auseinandersetzung zwischen dem Parteichef und der Gruppe der polnischen Stalinisten. Wie nicht anders zu erwarten war, blieb bei dieser Auseinandersetzung mit der stalinistischen Minderheit im ZK GOMULKA Sieger. Dadurch ist aber der interne Kampf in der Partei keineswegs beendet. Weder ist die stalinistische Opposition endgültig zum Schweigen gebracht worden, noch weniger kann man das von anderen Gruppen in der Parteiführung behaupten, deren oppositionelle Haltung gegenüber GOMULKA in den letzten Monaten immer deutlicher zum Vorschein kam.

Schon auf dem X. Plenum im Herbst 1957 mußte GOMULKA zugeben, daß die Partei keine ideologische und organisatorische Einheit ist und innerhalb der Partei

Fraktionen bestehen. Namentlich genannt wurden nur die sog. Revisionisten, also die Partei-Linke und die "Dogmatiker", also die Stalinisten. Was sich zwischen diesen beiden Flügeln befindet, ist keineswegs eine einheitliche Mehrheitsgruppe, auf die sich GOMULKA sicher stützen kann und die seine Linie bedenkenlos unterstützt. Die politische Zusammensetzung des ZK der Partei ist äusserst kompliziert und muß genauer analysiert werden.

Die eigentlichen Revisionisten sind in diesem höchsten Gremium der Partei nicht vertreten. Es gibt nur einige wenige Vertreter der "gemäßigten' Partei-Linken, wie der ehem. Parteisekretär in Warschau STASZEWSKI, der derzeitige Parteisekretär in Breslau MATWIN und einige andere, die aber entweder völlig entmachtet sind oder ihre revisionistischen Sympathien sehr gut verbergen. Diese Gruppe spielt im ZK so gut wie keine Rolle.

Die Gruppe der sog. "Gomulkisten", die aus den nächsten Anhängern des Parteichefs besteht, ist auch nicht zahlreich, dafür aber sehr einflußreich, weil ihre Angehörigen wichtige Schlüsselpositionen innehaben. Hierzu gehören der unermüdliche Zenon KLISZKO, die rechte Hand GOMULKAs im Parteisekretariat und stellvertretende Vorsitzende des Parlaments, der General Marian SPYCHALSKI, Verteidigungsminister, und der Gewerkschaftschef LOGA-SOWINSKI.

Eine besondere Gruppe bilden die ehem. Sozialisten, die sich um den Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ und Außenminister RAPACKI gruppieren. Auch diese Gruppe ist nicht sehr zahlreich im ZK vertreten. Die beiden Genannten sind aber Mitglieder des Politbüros und ihre Anhänger haben einige Schlüsselpositionen in Regierung und Staatsapparat inne.

Die stärkste Gruppe im ZK bilden die Vertreter des sogen. "Zentrums". Hier befinden sich so einflußreiche Männer wie der Landwirtschaftsminister OCHAB (ehem. Parteichef vor GOMULKA und Mitglied des Politbüros), der Planungschef JEDRYCHOWSKI und der Chef der Parteipropaganda Jerzy MORAWSKI. Dieses "Zentrum" bildet die eigentliche Mehrheit im ZK, aber gerade hier kann man nicht von einer einheitlichen Gruppe reden. Der rechte Flügel dieses Zentrums hat unter der Führung des Politbüromitgliedes Roman ZAMBROWSKI eine Art eigene Fraktion gebildet, die eine eigene Vorstellung darüber hat, wie man den Begriff "Polnischer Oktober" auslegen soll.

ZAMBROWSKI war früher einer der eifrigsten Scharfmacher in der stalinistischen Zeit gewesen. Er hat auch sehr spät - fünf Minuten für zwölf - den Anschluß an GOMULKA gefunden, was mit einer maßlosen Wut der Stalinisten während des

Oktober-Plenums 1956 quittiert wurde. Eigentlich hätte ZAMBROWSKI zu den Stalinisten viel besser gepaßt, als zur Oktoberlinie, und es war sicher nicht seine "Schuld", daß er nicht in der NATOLIN-Fraktion Platz gefunden hat. Sie haben ihn selbst verstoßen, als sich CHRUSCHTSCHOW nach dem Tode BIERUTs massiv dem Vorschlag entgegenstellte, ZAMBROWSKI zu neuen Parteichef zu nominieren, weil ihm seine jüdische Abstimmung als eine Disqualifikation für eine solche Stellung erschien. Die polnischen Antisemiten aus dem stalinistischen Lager wollten in ihrem rassischen Bewußtsein nicht hinter dem Sowjetmenschen CHRUSCHTSCHOW stehen und haben sich von ZAMBROWSKI deutlich distanziert. ZAMBROWSKI war wendig genug, um sich im letzten Augenblick dem Sieger GOMULKA anzuschliessen und sich auf die "Oktoberlinie" umzustellen.

Aber schon nach wenigen Monaten stellte es sich heraus, daß ZAMBROWSKI unter der Oktoberlinie etwas anderes verstand. Er befürwortete wohl die Emanzipation von der UdSSR hielt aber nicht viel von der Erweiterung der bürgerlichen Freiheiten, der Demokratisierung der Wirtschaft, einer liberalen Kulturpolitik usw. Diejenigen, die ihn gut kennen, glauben, daß er in Polen ähnliche Zustände wie in Tito-Jugoslawien sehen möchte.

Nach und nach wurde es immer klarer, welche Pläne ZAMBROWSKI hat: Er will derjenige sein, der einen entscheidenen Anteil an der Gestaltung der Parteilinie hat, ohne dabei aber den jetzigen Parteichef GOMULKA zu stürzen. Im Gegenteil, es liegt im Interesse der ZAMBROWSKI-Gruppe, daß ein Mann wie GOMULKA an der Spitze der Partei steht und die Politik anderer sichert, denn die "Firma" ZAMBROWSKI hat einen schlechten oder - im besten Falle - keinen anziehenden Klang bei den Massen. GOMULKA degradiert zur Rolle eines Strohmannes, ZAMBROWSKI der eigentliche Drahtzieher im Hintergrund - so sollte es nach diesen Plänen aussehen.

GOMULKA ist nicht ein Mann, der eine Marionettenrolle gerne spielen würde. Er konnte aber nicht verhindern, daß sich ZAMBROWSKI gewisse Machtpositionen im Parteiapparat und in der Parteipresse ausbauen konnte. Das Hauptorgan der Partei - "Trybuna Ludu" - wird von ZAMBROWSKI-Leuten gehalten, der Chefredakteur dieses Blattes - Leon KASMAN - zählt zu seinen Vertrauten. Auch der Leiter der selbständigen Kulturbeilage dieses Blattes, der "Trybuna Literacka" ist ein bekannten Scharfmacher auf dem Gebiet der Kulturpolitik, Leon KRUCZKOWSKI.

Schon zu Anfang d.J. bereitete sich GOMULKA auf eine Auseinandersetzung mit der Gruppe ZAMBROWSKI vor und suchte nach geeigneten Verbündeten für diesen

internen Parteikampf. Er fand einen in der Person des jetzigen Volksbildungsminister Wladyslaw BIENKOWSKI, der eine Zeit lang als Hauptideologe des "Gomulkismus" galt. BIENKOWSKI, der übrigens bis jetzt nicht in das ZK eingeführt wurde, hat sich wenige Monate nach dem Oktober 1956 immer mehr von der aktiven Zusammenarbeit mit seinem Chef zurückgezogen. Er war nicht damit einverstanden, daß GOMULKA alle Leute aus der Partei-Linken, die den Oktober vorbereitat haben, immer mehr in den Schatten drängte und einen scharfen ideologischen Kampf gegen sie führte, gleichzeitig aber die Stalinisten mit seidenen Handschuhen anfasste und den Druck solcher Leute wie ZAMBROWSKI nur all zu leicht wich.

Die versöhnliche Geste, die GOMULKA Anfang Februar d.J. BIENKOWSKI gegenüber machte, war offensichtlich in Anbetracht des bevorstehenden Kampfes mit der ZAMBROWSKI-Gruppe getan worden. Bevor es aber zu dieser Auseinandersetzung kam, unternahmen die Stalinisten einen massiven Angriff gegen GOMULKA und die jetzige Parteilinie, der auf dem XI. Plenum Ende Februar und Anfang März ausgetragen wurde.

Wie gesagt war dieses Plenum wirtschaftlichen Problemen gewidmet und bot dadurch den Stalinisten eine günstige Basis zu ihrer Offensive. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens sind bekannt. Zum großen Teile stammen sie aus der Hinterlassenschaft der stalinistischen Wirtschaftspolitik, die in Polen, besonders vom Standpunkt der nationalen Interessen, absurde Formen annahm. Der Versuch, damit aufzuräumen, brachte bis jetzt verborgene, haarsträubende Tatsachen zum Vorschein. Hinter der gestürzten Fassade der "Errungenschaften" stalinistischer Wirtschaftsplanung zeigten sich Verschwendung, Vetternwirtschaft, Unfähigkeit und viele andere unerfreuliche Erscheinungen.

Eine dieser "Errungenschaften", auf die die stalinistischen Machthaber in Polen besonders stolz hinzuweisen pflegten - die Vollbeschäftigung - erwies sich auch als ein Bluff. Sie wurde hauptsächlich dadurch erreicht, daß man in den Verwaltungs- und Produktionsstätten oft doppelt, wesentlich mehr Arbeiter und Angestellte beschäftigte, als es notwendig war.

Die jetzigen Wirtschaftsreformer konnten nicht umhin, auch dieses Problem anzupacken, obwohl es besonders heikel ist. Nach den Begriffen der rationallen Wirtschaft müßte man fast aus jedem Betrieb gut die Hälfte der Beschäftigten entlassen, weil sie dort überflüssig sind. Das bedeutet aber, die Gefahr der Arbeitslosigkeit heraufzubeschwören, weil die Entlassenen anderweitig nicht hunderprozentig beschäftigt werden können; zumindest nicht sofort.

Ohne diese Reform durchzuführen, kann man aber nicht ernstlich an eine Lohnverbesserung und Steigerung des Lebensstandardes denken.

GOMULKA zögerte lange, bis er bereit war, auch hier mit den notwendigen Maßnahmen einzugreifen, Jeder war sich in Polen über die Unbeliebtheit solcher Reformpläne im Klaren, da sie Hunterttausende von Menschen betreffen, sie aus ihren bisherigen Arbeitsplätzen herausreißen, eine vollständige Umstellung in der Arbeitsweise von ihnen verlangen und sie der Gefahr der Arbeitslosigkeit aussetzen. Das wußten natürlich auch die Stalinisten und erblickten hier eine gute Chance, um gegen GOMULKAs Reformpläne aufzutreten, dadurch die Stimmung der Massen gegen ihn zu richten und so seine Position ins Wanken zu bringen.

Die Stalinisten bilden noch immer eine mächtige Fraktion im ZK. Im Oktober 1956 besaßen sie fast ein Drittel aller Stimmberechtigten im ZK, bis heute hat sich nichts Wesentliches in dieser Beziehung geändert. Sie haben zu ihrem Wortführer den stellvertretenden Arbeitsminister und ehem. Gewerkschaftsführer KLOSIEWICZ bestimmt. Es geschah nicht etwa deswegen, weil KLOSIEWICZ zu den prominentesten unter ihnen gehört, sondern, weil er als Vertreter des Arbeitsministeriums eine besondere Legitimation zu haben schien, in der Beschäftigungsfrage aufzutreten. Die anderen aus der NATOLIN-Fraktion haben sich ebenfalls an der Diskussion beteiligt und traten ganz offen als eine geschlossene Gruppe auf. Neben der Arbeitsreform waren auch das Verhältnis zur SU und die "Abweichung" von der sozialistischen Solidarität Hauptangriffspunkte gegen GOMULKA. Die Gegner des Parteichefs bedienten sich der denkbar demagogischsten Griffe. Es sei eine Schade für einen sozialistischen Staat, Menschen auf die Straße zu setzen, die jahrelang opferbereit für den Aufbau des Sozialismus geschuftet haben. Jeder Mensch im sozialistischen System habe ein Recht auf Arbeit, die man ihm aber jetzt verweigern wolle. Man solle endlich mit den gefährlichen Experimenten Schluß machen und den Weg gehen, den andere sozialistische Staaten mit der SU an der Spitze beschreiten. GOMULKA habe während der November-Beratungen in Moskau eine Haltung eingenommen, die eine Verletzung der sozialistischen Solidarität bedeute usw. usw.

Die Schärfe dieser Attacken der Stalinisten gegen die jetzige Parteilinie läßt vermuten, daß sie sich einer Unterstützung von einer sehr mächtigen Seite sicher fühlen. Wenige Tage später erschien auch in "Trybuna Ludu" ein Interview mit CHRUSCHTSCHOW, in dem der sowjetische Parteiführer in sehr vorsichtig gewählten Worten ähnliches vertrat wie die polnischen Stalinisten.

In der Beziehung zwischen CHRUSCHTSCHOW und der polnischen NATOLIN-Fraktion spiegeln sich gleichzeitig Gegensätze und gemeinsame Interesse wider. Die polnischen Stalinisten sind auf die SU orientiert. Es wäre ihnen ohne Zweifel sympathischer, wenn die maßgebenden Männer im Kreml MOLOTOW und KAGANOWITSCH hießen, siekönnen es aber nicht ändern, daß der mächtigste Mann im Kreml CHRUSCHTSCHOW heißt. Sie werden nicht aufhören, prosowjetisch zu sein, obwohl CHRUSCHTSCHOW ihre besonderen Gönner und Beschützer verbannt hat. CHRUSCHTSCHOW andererseits kann nicht darüber hinweg, daß die treuesten Anhänger der Sowjets in Polen gerade die Stalinisten sind. Er wird sie heute und morgen gebrauchen können, und kann sie auf keinen Fall preisgeben, um. damit die Sympathien anderer polnischer Kommunisten zu erkaufen, die ihm nicht so sicher erscheinen, wie die erprobte, knechtische Treue der Natolin-Gruppe. Deswegen billigte CHRUSCHTSCHOW mit keinem Wort die Maßnahmen GOMULKAs gegen die Stalinisten.

Die Heftigkeit, mit der die polnischen Stalinisten ihre Attacke gegen die GOMULKA-Linie führten, war eine Überraschung für alle anderen ZK-Mitglieder. ZAMBROWSKI, der ein ausgezeichneter Taktiker ist, hat sofort begriffen, daß er und seine Leute, die auch ihr kritisches Wort gegen das Wirtschaftsprogramm einleg en wollten, unter solchen Umständen nicht den Stalinisten in die Hände spielen dürfen. Seine Leute traten im Gegenteil sehr scharf gegen KLOSIEWICZ und andere Vertreter der Natolin-Fraktion auf und betonten vielfach ihre Loyalität dem Parteichef gegenüber. GOMULKA sicher, daß ihm niemand in den Rücken fällt, konnte ungehindert zum Gegenangriff übergehen, indem er den Ausschluß KLOSIEWICZs aus dem ZK und eines anderen Stalinisten - Stefan MATUSZEWSKIs aus der Revisionskommission der Partei (er war Vorsitzender der Kommission) - durchsetzte. Darüber hinaus wurde KLOSIEWICZ auch aus seinem Regierungsposten entfernt.

Zwei Männer, die zu den lautesten Schreiern unter den Gegner GOMULKAs gehörten, wurden also ausgeschaltet. Die stalinistische Fraktion bleibt aber bestehen und mit ihr wird GOMULKA nicht eher als auf dem für Sommer 1958 angesetzten (und vorher vielfach schon verschobenen) Parteitag abrechnen können. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß ihm CHRUSCHTSCHOW dabei zur Seite steht.

Die Verschärfung des Kampfes mit den Stalinisten hat die Auseinandersetzung mit der ZA MBROWSKI-Gruppe verschoben. Ob es zu dieser Auseinandersetzung überhaupt in der Form kommt, wie es GOMULKA ursprünglich beabsichtigte, bleibt dahingestellt. Wenn sich die KPdSU gegen die völlige Ausschaltung der

Stalinisten auf dem künftigen Parteitag ausspricht, wird GOMULKA es sich nicht leisten können, auch noch einen Kampf gegen ZAMBROWSKI zu führen. Er wird mit ihm einen Kompromiß schließen müssen, und die Kosten dieses Kompromisses werden wahrscheinlich die "Revisionisten" vom linken Parteiflügel zahlen müssen. Sie hätten wahrscheinlich von einer erfolgreichen Auseinandersetzung GOMULKAs und ZAMBROWSKIs profitiert. Wenn sich die beiden aber einigen, so wird sich der Kurs aber gegen die Linke verschärfen müssen. Ganz besonders wird man es auf dem Gebiet der Kulturpolitik verspüren, die bis jetzt trotz allem noch - verglichen mit anderen Ostblockstaaten - als sehr liberal bezeichnet werden muß.

2) Mitgliederüberprüfung abgeschlossen

Die auf dem X. Plenum des ZKs beschlossene Säuberung der Parteireihen, genannt Mitgliederüberprüfung (Verifikation), ist in den meisten Bezirken schon abgeschlossen. Am 17. März meldete die Wojewodschaft Oppeln, daß man dort im Laufe der Überprüfung ca. 1.100 Mitglieder ausgeschlossen und ca.5.100 gestrichen hat. Zusammen macht das 16 % aller Parteimitglieder aus. Am 22. März besagte eine ähnliche Meldung aus der Wojewodschaft Breslau, daß man dort 105 000 Mitglieder überprüfte und in der Folge 17 000 aus der Partei entfernte.

GOMULKA war der Meinung, die Fol dieser Säuberung würde die Wiederherstellung der ideologischen und organisatorischen Einheit der Partei sein. Es sieht aber nicht so aus, als ob seine diesbezüglichen Hoffnungen in Erfüllung gegangen seien.

3) Probleme der Arbeiterjugend

Am 31. März d.J. beriet das Plenum des ZK des Sozialistischen Jugendverbandes die Probleme der Arbeiterjugend. Der Sekretär des ZK, Tadeusz RUDOLF, sagte, die Restituierung des sogen. sozialistischen Wettbewerbes in den Produktionsbetrieben, der nach dem Oktober als Auswuchs der stalinistischen Ära aufgehoben wurde, sei notwendig. RUDOLF versicherte in seinem Referat, daß die Wiedereinführung des sozialistischen Wettbewerbes "auf die Initiative der Jugend selbst" zurückzuführen sei.

Überhaupt lebt unter der Jugend noch stark die Tradition der großen Initiativen auf dem Gebiete der Wirtschaft, wie es damals beim Bau des Hüttenkombinats Nowa Huta der Fall war.

"Über die Wiederaufnahme solcher Initiativen auf dem Gebiete der Produktion stehen wir mit Vertretern der Regierung in Gesprächen" - meinte RUDOLF.
Die beabsichtigte Beseitigung der Überbeschäftigung in den Produktionsbetrieben wird auch zum Teil die Jugendlichen betreffen, besonders aber die, die keinen Wert darauf legen, berufliche Kenntnisse zu erwerben. Das Problem der beruflichen Qualifikationen der Jugendlichen sei überhaupt sehr kompliziert - erklärte RUDOLF. Etwa 35 bis 40 % aller Jugendlichen beenden nicht die Grundschule, weil sie oft in Erfahrung bringen, daß gelernte Techniker nicht überall eine entsprechende Anstellung finden und darüber hinaus nicht besser entlohnt werden , als völlig ungelernte und nur fingerfertige junge Arbeiter. Im Jahre 1957 gingen 260 000 Jugendliche an die Arbeit ohne berufliche Vorbereitung. Die Hälfte von ihnen hat darüber hinaus auch die Grundschule nicht beendet. RUDOLF hielt es für notwendig, daß man in Zukunft nur solche Jugendliche anstellt, die mindestens 7 Schulklassen beendet haben.

Die Situation auf dem besagten Gebiete unterliegt einer ständigen Verschlechterung - meinte RUDOLF. Im Jahre 1957 betrug der Anteil der Jugendlichen, die ohne eine berufliche Vorbereitung an die Arbeit gingen, 70 %. Im Jahre 1960 werden es schon 87 % sein, wenn man dem vorher nicht entgegenwirkt.

Es war auch ein verhängnisvoller Fehler der stalinistischen Zeit, daß man den Jugendlichen übermäßig hohe Löhne zahlte, ohne sich darüber Gedanken zu machen, daß das damit gleichbedeutend ist, der Jugend jede Lust am Erlernen eines Berufes zu nehmen. Die Folgen erntet man heute. Das mußte auch die Leitung des Jugendverbandes einsehen. RUDOLF meinte, daß das sozialistische Prinzip - gleiche Arbeit gleicher Lohn - nicht mechanisch angewandt werden darf.

Man wird jetzt dahin zurückkehren, die Jugendlichen in den Betrieben erst einmal als Lehrlinge anzustellen, und sie bis zum Ablegen eines Examens in besondere Lohngruppen einzustufen. Diese Lehrzeit muß zwei bis vier Jahre dauern, und erst nach dem bestandenen Examen kann der junge Arbeiter nach den allgemein geltenden Lohngruppen entlohnt werden.
Die sogen. Arbeiterhotels, in denen heute in Polen ca. 300 000 junge Arbeiter leben, sollen nach und nach verschwinden und zu normalen Wohnungen umgebaut werden. Die jugendlichen Arbeiter, die fern vom Elternhaus arbeiten, sollen in Privatquartieren untergebracht werden.

4) Bauernpolitiker kämpfen gegen antikommunistische Tendenzen

Während einer Sitzung des Hauptexekutivkomitees der Vereinigten Bauernpartei, die am 22. März in Warschau stattfand, wandte sich der stellvertretende

Vorsitzende der Partei, Parlamentspräsident Czeslaw WYCECH, scharf gegen die immer noch auftretenden antikommunistischen Tendenzen in den Reihen der Parteimitglieder. Nach seinen Worten äussern sich dieseTendenzen in der Infragestellung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern, der Errungenschaften des Volksstaates, des polnischen Bündnisses mit den Sowjets usw.

Die Träger dieser Tendenz sind: Der wiederauflebende Privatsektor in der Wirtschaft , ein Teil der Geistlichkeit und die ehem. Anhänger MIKOLAJCZYKS unter den Bauernpolitikern.

"Nach dem Oktoberumschwung" - so sagte WYCECH - "haben wir uns an die früheren politischen Freunde Mikolajczyks gewandt und ihnen vorgeschlagen, eine aktive Arbeit in den Reihen unserer Vereinigten Bauernpartei durchzuführen. Wir waren sogar bereit, sie in die Leitung der Partei aufzunehmen, in der Annahme, daß sie in der Zwischenzeit etwas gelernt haben. Sie haben uns aber abgewiesen. Die Situation ist klar. Das Programm unserer Partei sagt ihnen nicht zu. Es standen immer nur zwei Wege bei jeder Bauernpartei zur Wahl: Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung oder Zusammenarbeit mit den Rechtsparteien. Die Anhänger Mikolajczyks sind offensichtlich für die zweite Lösung."

WYCECH gab an, daß zahlreiche Mitglieder der Partei, die gegen das Zusammengehen mit den Kommunisten waren, aus den Reihen der Partei ausgeschlossen werden mussten. So wurden im vergangenen Jahr über 4.000 aus der Partei entfernt, weil sie sich gegen die derzeitige Parteilinie aufgelehnt haben.

Die Bauernpartei, meinte WYCECH, muss sich in Zukunft der kolchosenfeindlichen Propaganda der Reaktionäre entschlossen entgegenstellen. Die Bauernpartei unterstützt die Steigerung der Produktion der Einzelbauernhöfe und wird das auch in Zukunft tun. Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß auf lange Sicht die Schwierigkeiten der Landwirtschaft in der individuellen Wirtschaftsform nicht zu lösen sind.

Mit diesen Worten stellte sich WYCECH zum ersten Male nach dem Oktober ganz unmißverständlich auf die Seite der Kolchosenwirtschaft, die von der überwiegenden Mehrheit der Bauernschaft leidenschaftlich bekämpft wird. Man muß annehmen, daß solche Äusserungen die Masse der Bauern noch mehr gegen die derzeitige Parteileitung aufbringen werden, und daß der Einfluß

der MIKOŁAJCZYK-Anhänger dadurch nur gewinnen wird.

5) "Arbeiterstimme"

Nach Informationen von "Zycie Warsawy" vom 9./10. März 1958 beging in der ersten Hälfte des Monats März die in Breslau erscheinende, deutschsprachige Zeitung "Arbeiterstimme" ein Jubiläum, als sie die 1.000. Nummer der Zeitung herausgab. Die Auflage der Zeitschrift beträgt jetzt 25.000 Exemplare pro Nummer.

II. W I R T S C H A F T

1) Das XI. Plenum des ZK der PZPR

Im Mittelpunkt der Beratungen dieses Plenums standen die Probleme der Überwünhse in der Beschäftigung und der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Der Hauptreferent, JENDRYCHOWSKI, formulierte es folgendermassen:

"Die höhere Arbeitsproduktivität ist derjenige Faktor, der in der letzten Instanz über die Überlegenheit eines sozialistischen Systems gegenüber den anderen entscheidet...

In vielen unseren Betrieben ist die Hauptursache unserer niedrigen Arbeitsproduktivität nicht etwa die technische Rückständigkeit, sondern die zu große Zahl der Arbeiter, die die technischen Einrichtungen bedienen. Der Hauptmangel in vielen Betrieben ist die schlechte Arbeitsorganisation und die nicht richtige Struktur der Beschäftigung, die darauf beruht, daß der Hauptteil der Belegschaften verhältnismässig jung und ohne Erfahrungen ist und ausserdem mindere berufliche Qualifikationen besitzt...

In den Jahren 1952 bis 1956 war in Polen die Steigerung der industriellen Produktion nur bei 50 - 70 % die Folge der gesteigerten Arbeitsproduktivität. In der gleichen Zeit betrug in der CSR, in Frankreich und Italien der Anteil der vergrösserten Arbeitsproduktivität an der Steigerung der Produktion 75 bis 100 %. Bei uns ist also die Steigerung der Produktion in viel grösserem Maße durch die Vergrößerung der Beschäftigtenzahl erreicht worden."

JEDRYCHOWSKI stellte fest, daß es nicht an Widerständen gegen die Beseitigung der Überwüshse in der Beschäftigtenzahl fehlt und zwar aus dem Grunde, daß man eine allgemeine Arbeitslosigkeit befürchtet. Diesen Befürchtungen stellt er die Tatsache gegenüber, daß bei der Überbeschäftigung in vielen Betrieben gleichzeitig in den anderen Arbeitsmangel herrscht, so z.B. in den Kohlengruben, wo man bis jetzt auf die Arbeit der Militäreinheiten nicht verzichten konnte, weil nicht genug Zivilarbeiter zur Verfügung stehen. Nur durch eine radikale Aufbesserung der Löhne um 1/3 konnte man im Jahre 1957 auf die Arbeit der Häftlinge in den Gruben verzichten. Es besteht aber auch Mangel an Arbeitskräften im Verkehrswesen, Gesundheitswesen, auf den staatlichen Landgütern usw., also überall wort, wo die Löhne am niedrigsten sind. Das hat JEDRYCHOWSKI allerdings nicht hervorgehoben.

Partei und Regierung sind sich darüber im klaren, daß das Problem nicht dadurch gelöst wird, wenn man in den Betrieben die eine Überzahl an

Beschäftigten aufweisen, radikale Reduzierungen durchführt. Man muß dafür sorgen, daß die Entlassenen anderweitig eine neue Arbeit finden. Man plant verschiedene Maßnahmen, die dazu verhelfen sollen.

Durch die Rentenreform will man einige Zehntausend Rentner aus dem Produktionsgang ausschalten, die bisher weiterbeschäftigt wurden, damit sie nicht mit ihren Renten verhungeren.

Durch den Bau neuer Produktionsbetriebe und Erweiterung der bestehenden wird man neue Arbeitsplätze schaffen. Darüber hinaus sollen alle Produktionsbetriebe nach Möglichkeit eine Nebenproduktion aufnehmen (z.B. bei den Kraftwerken Errichtung der Baumittelpunktion, die Verbrennungsabfälle als Rohstoff verwenden), bei der eine Anzahl der zur Entlassung bestimmten Beschäftigten Arbeit finden kann. In der Regel soll man also versuchen, die aus ihren bisherigen Arbeitsplätzen entlassenen Arbeiter im gleichen Betrieb an einem anderen Arbeitsplatz zu beschäftigen.

Wo das nicht realisierbar ist, muß man die bisherigen Arbeiter (besonders junge Leute) in die Gebiete umsiedeln, die für ihre Industrien und andere Betriebe neue Arbeitskräfte brauchen. In den Gebieten, in denen die meisten Fabrikarbeiter noch auf dem Lande wohnen, ist vorgesehen, daß ein Teil von ihnen zur Landwirtschaft zurückkehrt. Erfahrungsgemäss ist aber die Rückwanderung von der Industrie zur Landwirtschaft äusserst selten und wird kaum zu steuern sein.

JEDRYCHOWSKI warnte ausdrücklich vor Versuchen, die Beseitigung der Überwüchse in der Beschäftgtenzahl mechanisch und bürokratisch zu lösen. Die Befürchtung liegt nahe, daß diese Warnung in der Praxis oft überhört wird, und daß man sich bei Entlassungen nicht von rationellen, sondern auch von emotionellen Momenten leiten lassen wird.

Als erste sollen die notorischen Drückeberger, Simulanten und Faulenzer entlassen werden. Der Staat könne es sich nicht leisten, Krankengelder an Personen zu zahlen, die eine Krankheit nur vortäuschen und andere für sich arbeiten lassen. JEDRYCHOWSKI gab auch die Summen der in den letzten Jahren ausgezahlten Unterstützungsgelder an Krankgeschriebene bekannt: 1955 = 1376 Millionen Zloty; 1956 = 1651 Mill. ; 1957 = 2557 Millionen Zloty. Dieser Welle von Mißbräuchen bei den Krankschreibungen will die Regierung dadurch vorbeugen, daß jeder Betrieb ein Limit für die Höhe der auszuzahlenden Krankengelder bekommt, das er nicht überschreiten darf. Tut er es

doch, so wird die Differenz vom Lohnfonds des Betriebes abgezogen.

Viele polnische Zeitungen nehmen das Problem der notwendig gewordenen Beseitigung der Überwüchse in der Beschäftigung auf und weisen darauf hin, daß die Gefahr der Arbeitslosigkeit von manchen übertrieben wird. So schreibt z.B. "Zycie Warszawy" am 18. März:

"Ist es tatsächlich so, wie die Skeptiker meinen, daß uns Arbeitslosigkeit droht? Wird das Finden eines neuen Arbeitsplatzes infolge Beseitigung der Überbeschäftigung tatsächlich eine so schwierige Angelegenheit sein? Es zeigt sich, wenn es auch überall eine gewisse Zahl registrierter Arbeitssuchender gibt, daß diese Zahl in der Regel niedriger ist, als die der freien Arbeitsplätze.

Das Ressort Verkehr benötigt etwa 15.800 neue Arbeitskräfte. Nach Informationen des Ministeriums für Bauwesen und Baustoffindustrie fehlen in den diesem Ressort unterstehenden Unternehmen und Betrieben etwa 6.000 Arbeiter. Die Volksbildungsabteilungen und die Bezirksdirektionen für Berufsausbildung haben einen Bedarf von 10.850 neuen Lehrern und Erziehern angemeldet. Alles in allem wird das Schulwesen im neuen Schuljahr einen Bedarf von etwa 15.480 Personen haben. Von den Gebieten , in denen Arbeitskräftemangel besteht, bietet vor allem Gorny Slask 20.000 freie Arbeitsplätze an. In Warschau werden etwa 10.000 Personen benötigt. Das Ressort Binnenhandel könnte in diesem Jahr in ganz Polen 22.000 Personen gebrauchen. Der diesjährige Plan für den Ausbau der Schwerindustrie schafft die Möglichkeit, etwa 8.000 neue Kräfte in den Arbeitsprozess einzureihen. Über 27.000 freie Arbeitsplätze verfügt das Gesundheitswesen."

Am 18. 3. sprach Ministerpräsident CYRANKIEWICZ auch über diese Probleme vor der Krakauer Parteiorganisation. Er meinte, daß es Genossen gegeben habe, die Angst hatten, mit dem unpopulären Programm des XI. Plenums vor die Arbeiter zu treten, da sie befürchteten, die Arbeiterschaft würde die darin enthaltenen Notwendigkeiten nicht verstehen und akzeptieren wollen. Entgegen diesen Befürchtungen haben die Massen und das Parteiaktiv die Notwendigkeit, eine Gesundung der Wirtschaft anzustreben, voll begriffen und gut geheißen. In dieser Feststellung spiegeln sich die harten Kämpfe wider, die im Verlaufe des XI. Plenums mit den Stalinisten ausgefochten werden mussten. Die Natolin-Fraktion drohte mit einer Auflehnung der Arbeitermassen gegen diese - wie sie behaupteten - schädlichen Maßnahmen.

2) Aus dem Beschluß des XI. Plenums des ZK

Die zentrale Aufgabe für 1958 heißt Mobilisierung aller Produktionsreserven, Steigerung der Arbeitsproduktivität durch richtige Auslastung der technischen Anlagen, rationelle Arbeitsorganisation und Stärkung der Arbeitsdisziplin. Einer der Faktoren der Desorganisation der Produktion und ihrer hohen Kosten sind die Auswüchse in der Beschäftigtenzahl, die gegenwärtig zu einem ernsthaften Hemmschuh für die Steigerung der Arbeitsprodukivität geworden sind. Ihre Reduzierung ist um so wichtiger, als gleichzeitig in vielen Zweigen der Volkswirtschaft (Bergbau, Baustoffindustrie, Handel, Dienstleistungen, landwirtschaftliche Staatsgüter usw.) Arbeitskräftemangel besteht. In Anbetracht dessen ist in jedem Produktionsbetrieb , in jeder Produktionsabteilung der Personalbestand zu überprüfen. Entbehrliche Arbeitskräfte sind in neue eröffnete Abteilungen, zur Nebenproduktion (z.B. von Baustoffen) bezw. über die Abteilungen und Referate Arbeit in andere Produktionsbetriebe oder andere Wirtschaftszweige zu versetzen, in denen ein Mangel an Arbeitskräften zu verspüren ist.

Die Richtlinien für die Ausbildung, Beschäftigung und Entlohnung Jugendlicher sind abzuändern. Die gegenwärtig gültigen sind für die Jugendlichen kein Ansporn, ihre Qualifikation zu heben und führen in vielen Fällen zu einer ungerechtfertigten Gleichsetzung der Löhne Jugendlicher mit den Löhnen hochqualifizierter Arbeiter mit langjähriger Produktionserfahrung.

Die gegenwärtig zu kurze Dauer der Berufsausbildung und Berufsanlernung ist zu verlängern. Es sind besondere Lehrlingsvergütungssätze festzusetzen. Für alle Jugendlichen, die im Besitz eines Lehrabschlußzeugnisses sind, ist eine obligatorische, vorbereitende Einarbeitungszeit einzuführen. Ebenfalls einzuführen ist die Forbildungspflicht jugendlicher Beschäftigter - besonders im Stoffbereich der sieben Grundschulklassen. Allmählich ist das Prinzip durchzusetzen, nur Jugendliche mit abgeschlossener siebenklassiger Grundschulbildung zur Arbeit anzunehmen. Die Anforderungen der Qualifikationsprüfungen sind zu erhöhen. Zwischen den Versetzungen der Arbeiter von einer Lohngruppe in eine andere muß künftig eine angemessene, obligatorisch einzuhaltende Frist liegen.

Im Zusammenhang mit der nicht vertretbaren Zunahme von Fehlschichten in Folge von Krankheit ist die Kontrolle der von den Betrieben gezahlten Krankengelder zu verschärfen und das Prinzip durchzusetzen, die für diesen Zweck gebundenen Mittel des Betriebes zu limitieren.

Die Betriebsverwaltungen, Arbeiterräte, Betriebsräte und Parteiorganisationen müssen eine allseitige Tätigkeit entfalten mit dem Ziel, die Arbeitsdisziplin zu verbessern. Mit der häufigen Nachsichtigkeit gegenüber Personen, die die Arbeitsdisziplin zersetzen, ist Schluß zu machen. Alle Arten von Bummelanten, Leute, die die Arbeitsordnung systematisch verletzen, die Ausführung ihnen aufgetragener Produktionsaufgaben ablehnen, usw, sind aus den Betrieben zu entfernen.

Die Organe der Staats- und Wirtschaftsverwaltung, die Arbeiterräte, die Gewerkschaften und die Parteiorganisationen müssen den Kampf gegen Wirtschaftsvergehen und alle Anzeichen von Schluderei unnachsichtig fortsetzen.
Das Zentralkomitee erachtet es als unumgänglich, im Jahre 1958 zwei für die Arbeiterklasse wichtige Probleme der sozialen Lebenslage aufzugreifen:
Das Rentenproblem zu regeln und eine beträchtliche Ausweitung des Wohnungsbaues einzuleiten. Mit Wirkung vom 1. Juli d.J. ist eine Reform des Renten- und Pensionssystems vorzunehmen. Die Reform hat darin zu bestehen:

1) Die Mindestrente für einen nichtarbeitenden Rentner auf 500 Zloty und die Mindestrente für eine nichtarbeitende Witwe auf 360 Zl. zu erhöhen.

2) Für alle Altersrenten einen einheitlichen, 75 % der Einkommen von nicht über 1.200 Zloty monatlich betragenden Satz festzulegen unter Beibehaltung der bis dahin bestehenden anteilmässigen Zuschläge bei darüber liegenden Verdiensten.

3) Die Altersrente ist erst mit dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß zu zahlen, da sie nicht als Lohnzuschlag zu werten ist, sondern als Sicherstellung des Beschäftigten, der seinen Arbeitsplatz infolge Alters aufgibt.

4) Die Wohnungsfrage ist eine der grössten Sorgen in Städten und Siedlungen. Das bisherige Zuwachstempo an Wohnungen ist zu langsam. Der Zustand und die Erhaltung der vorhandenen Wohnraumsubstanz - hauptsächlich bei Altbauten - sind unbefriedigend. Eine Ausweitung des Wohnungsbaues erfordert eine Ergänzung der staatlichen Mittel durch eigene Mittel der Bevölkerung. Zu dem unter Hinzuziehung von Eigenmitteln der Bevölkerung erfolgenden Wohnungsbau haben zu gehören: Der betriebliche Wohnungsbau, der genossenschaftliche Wohnungsbau und der individuelle Wohnungsbau.

Diejenigen, die eine Wohnung aus dem Bauprogramm der Volksräte erhalten, sollten einen Eigenbeitrag leisten in Form einer rückzahlbaren Kaution zur Gewährleistung einer schonenden Wohnungsnutzung. Mieter, die mehr Zimmer bewohnen, als ihnen nach den bestehenden Normen zustehen, sollten zusätzliche Mietgebühren entrichten.

für Umsatz- und Einkommensteuerzahler muß ein Mietsatz festgesetzt werden, der die tatsächlichen Kosten deckt.

Die Mitwirkung der Bevölkerung an der Lösung des Wohnungsproblems sollte in einer breiten Bewegung des Zwecksparens als eigenen Beitrag zum betrieblichen, genossenschaftlichen und individuellen Wohnungsbau zum Ausdruck kommen.

3) Absatzschwierigkeiten für Steinkohle

Die ohnehin großen und komplizierten wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens werden durch die jetzt in westlichen Ländern beobachteten Konjunkturschwankungen, vor allem durch die amerikanische Rezession, nicht gerade gemildert. Darüber sprach der stellvertretende Aussenhandelsminister in einem Interview für die Zeitung "Zycie Warszawy" am 22. Mä rz. Vizeminister MODZRESKI stellte fest, daß man bis jetzt die Exporte der polnischen Steinkohle zwar nicht reduzieren musste, daß man aber für diese Kohle weniger Geld bekommt als im vergangenen Jahr. Den dadurch verursachten Devisenausfall bezeichnete der Minister als empfindlich.

Am 17. März 1958 wurde die 10-milliardste Tonne Steinkohle nach dem Kriege gefördert. Wie "Trybuna Ludu" am 18. März berichtet, musste man in den 13 Nachkriegsjahren Kriegszerstörungen beseitigen, die im Kohlebergbau eine Summe von 3.236 Millionen Zloty erreichten. Darüber hinaus hat man 6 neue Kohlengruben in Betrieb genommen und in den alten Gruben mehrere Dutzend Förderschächte errichtet. Dank dieser Leistungen hat Polen bereits 1949 den Förderstand der Vorkriegszeit auf dem jetzigen Staatsgebiet erreicht.

4) Seewirtschaft 1957

Nach den Angaben des polnischen Schiffahrtsministers, Stanislaw DARSKI, hat die polnische Handelsflotte - wie "Trybuna Ludu" am 17.3. meldet - im vergangenen Jahre Leistungen vollbracht, deren Wert - gerechnet in Devisen - einem Export von 1,5 Mill. Tonnen Kohle entsprach. Der Devisenüberschuß betrug 25 Mill. Dollar. Polnische Seehäfen schlugen 13,2 Mill. Tonnen Frachtgut um. Im Jahre 1958 wird diese Zahl noch höher sein; u.a. dank des Abkommens mit der CSR. Die tschechischen Umsätze in diesem Jahre sollen 400.000 Tonnen erreichen, das sind 30 % mehr als im vergangenen Jahr. Dank des entwickelten Fischfanges konnte man beispielsweise die Heringsimporte, die vor dem Kriege bis zu 80.000 Tonnen ausmachten, jetzt praktisch ausschalten.

5) Oderschiffahrt

Der parlamentarische Ausschuß für die Westgebiete, der am 14. März tagte, kam zu der Überzeugung, daß der derzeitige Zustand der Schiffahrt auf der Oder sowohl vom technischen Standpunkt als auch zahlenmäßig unbefriedigend ist. Der Bau einer modernen Oderflotte ist eine dringende Notwendigkeit geworden. Man will bis 1961 hundert Motorschiffe in den polnischen Flußwerften bauen. Auch die Ausnutzung der energetischen Möglichkeiten der Oder muß in Angriff genommen werden. Nach dem Kriege beschränkte man sich auf den Wiederaufbau größerer Kraftwerke im Odergebiet. Den Wiederaufbau der mittleren und kleineren Wasserkraftwerke hat man aber völlig ausser acht gelassen. Im Jahre 1956 gab es noch 2700 kleine und kleinste Kraftwerke, die nicht in Betrieb genommen waren und über 500, die nur zum Teil wieder benutzt wurden. Die Produktionsmöglichkeiten aller dieser Kraftwerke, die stilliegen, beläuft sich auf 52 Mill. kW.

6) Bürokratie bremst die Entwicklung des Handwerks

Bei der Vollsitzung des polnischen Parlaments am 25. März hat ein Abgeordneter der Demokratischen Partei auf die Tatsache hingewiesen, daß die Bürokratie den konzessionierten Handwerkern eine Versorgung mit den notwendigen Rohstoffen oft übermässig erschwert oder gar unmöglich macht. So kommt es vor, daß die Repräsentanten des staatlichen Großhandels den Schneidern oder den Schuhmachern die notwendigen Zutaten nicht verkaufen wollen und dadurch eine normale Arbeit dieser Handwerker unmöglich machen.

III. SOZIALE PROBLEME

1) Verbesserung der Rentenversorgung

Am 28. 3. beschloß das Parlament die Annahme eines neuen Rentengesetzes, das eine wesentliche Verbesserung der Rentenhöhe voraussieht. Zweck des Gesetzes ist, alle rentenberechtigten Personen, die bis jetzt trotzdem noch berufstätig waren, weil ihnen die bisherige Höhe der Renten nicht das notwendige Existenzminimum sicherte, in die Lage zu versetzen, sich in den wohlverdienten Ruhestand zurückzuziehen, und dabei Platz für andere frei zu machen.

Die wesentlichste Änderung der neuen Bestimmung ist die Festsetzung einer einheitlichen Mindesrente für alle nicht im Arbeitsprozeß stehenden Rentner in Höhe von 500 Zl. monatlich. Damit werden etwa 535.000 Rentner in den Genuß der Pensionserhöhung kommen, die bisher die niedrigsten Sätze erhielten. Durch die Festsetzung der Mindestrenten auf 500 Zl. monatlich wird diese dem bestehenden Mindestlohn angeglichen. Ein weiteres Prinzip ist, daß ein Beschäftigter, der in den Ruhestand übergeht und nicht mehr als 1.400 Zloty verdient, einen Rentensatz in Höhe von 75 % seines bisherigen Verdienstes erhält.

Dem neuen Projekt liegt das Prinzip zugrunde; Arbeit oder Rente. Der Bezug einer Pension wird somit von der Aufgabe des Arbeitsplatzes abhängig gemacht. Keine Renten werden auch jene Personen erhalten, die Einnahmen aus anderen Quellen als Arbeit haben.

Anders sieht die Sache bei Invaliden aus. Der Entwurf sieht vor, daß Invalidenrenten auch an beschäftigte Invaliden gezahlt werden, jedoch nur dann, wenn "ihr Verdienst durch Eintritt der Invalidität mindestens 20 % unter dem Verdienst liegt, den sie vor Eintritt der Invalidität hatten". Invaliden, die dieser Bedingung genügen, werden sog. Ausgleichsrenten erhalten. Die Invaliden dagegen, die nicht mehr arbeiten, erhalten jetzt eine höhere Rente.

2) Beschluß des Zentralrates der Gewerkschaften

Am 21. und 22. März tagte in Warschau das Plenum des Zentralrates der Gewerkschaften. Das Plenum beschloß, daß der Gewerkschaftskongreß Mitte April stattfinden wird. In dem Beschluß des Plenums heißt es u.a.:

"Zur schnellen Entwicklung der Produktivkräfte des Landes und weiteren

Verbesserung der Lebensverhältnisse der werktätigen Massen ist es wichtig, die Arbeitsproduktivität zu heben. Eine vordringliche Wirtschaftsaufgabe ist die Bereinigung des Beschäftigtenstandes in den Produktionsbetrieben und die Verlagerung der überschüssigen Arbeitskräfte in jene Betriebe, Produktionszweige und Dienstleistungen, in denen es an Arbeitskräften mangelt.

Bei der Erfüllung dieser Aufgabe, die von großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung ist, wird es erforderlich, daß die Gewerkschaftsorganisationen und Arbeiterräte mit der Wirtschaftsverwaltung auf das engste zusammenarbeiten."

"Die gemäß den Forderungen der Gewerkschaften angekündigte Aufstockung der Renten wird die Leute, denen ihr Alter und die Kräfte eine Fortsetzung der Arbeit nicht erlauben, in die Lage versetzen, aus den Fabriken und Ämtern auszuscheiden. Die Gewerkschaften behalten die Rentner und Pensionäre weiter in ihren Reihen und geben ihnen damit die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben aktiv teilzunehmen und die gewerkschaftlichen Rechte in Anspruch zu nehmen. Das Plenum stellt fest, daß die Verlängerung der zu kurzen Berufslehrzeit, die Einführung der allgemeinen und fachlichen Fortbildungspflicht für Jugendliche, einer Einarbeitszeit und die Festlegung besonderer Lohnsätze für Lehrlinge im Interesse der Volkswirtschaft und der Jugend selbst liegen..."

B. Polen und das Ausland

CHRUSCHTSCHOWs Interview für "Trybuna Ludu"

Am 12. März veröffentlichte die parteiamtliche "Trybuna Ludu" ein Interview, das ihr der sowjetische Parteichef zwei Tage vorher gewährte. Neben der Wirtschaftsreform in der SU, den Chancen der internationalen Entspannungen, dem Gipfeltreffen usw., erweckten zwei Fragen, die ihm die polnischen Journalisten gestellt haben, besonderes Interesse.
Sie betrafen die gegenseitigen Beziehungen zwischen den kommunistischen- und Arbeiterparteien in den letzten zwei Jahren - also seit dem XX. Parteitag in Moskau - und die polnisch-sowjetischen Beziehungen. Das Gespräch der Vertreter des polnischen Parteiorgans mit dem I. Sekretär der KPdSU fand wenige Tage nach dem stürmischen Verlauf des XI. Plenums in Warschau statt. Dieser Zeitpunkt war für die Polen nicht besonders günstig, da man CHRUSCHTSCHOW Gelegenheit gab, sich zu den Fragen zu äussern, die Gegenstand einer heftigen Auseinandersetzung zwischen GOMULKA und den polnischen Stalinisten waren. CHRUSCHTSCHOW hütete sich offensichtlich, zu den Ereignissen in Warschau direkt Stellung zu nehmen. Aus seinen sehr vorsichtig formulierten Sätzen konnte man aber herauslesen, daß er nicht daran denkt, sich mit den Maßnahmen GOMULKAs gegen die Stalinisten solidarisch zu erklären.

Er gab zuerst zu, daß es in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern hie und da gewisse "Holprigkeiten" gegeben habe, die von den Feinden natürlich künstlich vergrössert wurden. Bei dem neuen Typus der Beziehungen, die die Geschichte bisher nich kannte, d.h. also Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern, können solche Unstimmigkeiten natürlich zum Vorschein kommen. Als aber kurz darauf die polnisch-sowjetischen Beziehungen direkt zur Sprache kamen, stellte er wörtlich fest:

> "Ich möchte in erster Linie betonen, daß die Freundschaft und die Zusammenarbeit zwischen der polnischen Volksrepublik und der SU sich immer (unsere Unterstreichung) auf der Grundlage der leninschen Prinzipien des proletarischen Internationalismus der gegenseitigen Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung der Interessen der beiden Länder entwickelte und entwickelt. Eine andere Gestaltung unserer gegenseitigen Beziehungen haben wir uns nie vorgestellt."

Die stalinistische Opposition in Polen hat GOMULKA oft vorgeworfen, daß die Behauptungen, in den polnisch-sowjetischen Beziehungen nach dem Kriege habe es auch grobe Verfehlungen gegeben, eine Verleumdung sei. Die in sehr kategorischem Tone, mit "Immer" und "Nie" gehaltene Feststellung CHRUSCHTSCHOWs ist eigentlich eine Herausforderung an GOMULKA, der im Oktober etwas anderes behauptete. Ja, sie straft ihn direkt Lügen, und das im polnischen Parteiorgan!

"Nur die Feinde des Sozialismus" - meinte CHRUSCHTSCHOW weiter - "suchen nach irgendwelchen Schattenseiten in unseren gegenseitigen Beziehungen der Vergangenheit. Sie spekulieren dabei auf nationalistische Gefühle, und sie versuchen sie zu entfachen."

Wie eine Herausforderung empfand man in Warschau, was CHRUSCHTSCHOW zu der Ungarnfrage sagte.

"Hatte jemand früher irgendwelche Zweifel, ob die Ereignisse in Ungarn das Werk der imperialistischen Kräfte waren, so ist das jetzt doch ganz klar, wer die faschistischen Abenteurer in Ungarn inspirierte und unterstützte."

GOMULKA hat bekanntlich eine völlig andere These vertreten. Er hat sie zwar seit langem nicht mehr in der polnischen Öffentlichkeit bekräftigt - was auch nicht notwendig war - dafür aber ist es in informierten polnischen Kreisen bekannt, daß es GOMULKA und CYRANKIEWICZ waren, die während der Beratungen der kommunistischen Parteien im November 1957 in Moskau sehr scharf gegen eine Resolution opponierten, die in der Ungarnfrage ähnliche Formulierungen enthielt, wie die CHRUSCHTSCHOW jetzt brauchte. Dank der Haltung der polnischen Delegation hat man damals auch die entsprechenden Stellen in der Resolution streichen müssen. CHRUSCHTSCHOW revanchierte sich jetzt dafür, daß er damals hat nachgeben müssen.

CHRUSCHTSCHOW gibt weiter seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Werktätigen in den sozialistischen Ländern es nicht zulassen würden, daß die Arbeitslosigkeit wiederkommt. Es klingt wie ein Echo der Worte, die auf dem XI. Plenum gefallen sind. Er spricht von den Feinden des Sozialismus, die besonders viel Aufhebens um die "besondere Entwicklung" in Polen machen und darüber hinaus, daß man sich in Polen vom Sozialismus abkehren möchte.

Er gebraucht sicher diese Worte nicht zufällig, genau so wie es nicht zufällig ist, wenn er sagt, die Werktätigen würden nicht damit einverstanden sein, wenn der Boden wieder an die Großbauern verteilt würde.

Damit ist offensichtlich auch die neue Landwirtschaftspolitik GOMULKAs gemeint.

In Warschau hat das CHRUSCHTSCHOW'sche Interview einen möglichst schlechten Eindruck gemacht. Noch einmal hat es sich bestätigt, wie sehr der sowjetische Parteichef den Warschauer Rebellen grollt, und wie gerne er sie demütigen und entmachten möchte.
Manche Formulierung CHRUSCHTSCHOWs konnte man als eine Rückendeckung für die polnischen Stalinisten verstehen. Ziemlich alle waren sich in Warschau darüber einig, daß CHRUSCHTSCHOW kein Interesse daran hat, GOMULKA bei den schon ausgefochtenen und noch bevorstehenden internen Parteikämpfen zu unterstützen.